

Protokoll der Jahreshauptversammlung der Rheinischen Direktoren Konferenz

Jahresgeschäftsbericht

Kassenbericht

Im Rahmen seines Kassenberichts betont Herr Schrader die Notwendigkeit der Beitragserhöhung im letzten Jahr, da die Aufgaben der Rheinischen Direktoren Vereinigung zugenommen haben. Er beziffert den aktuellen Kassenstand auf 8139,72 Euro.

Auf Antrag wird der Vorstand entlastet und der Antrag auf Fortsetzung der Kassenprüfung durch Herrn Dr. Thomas Münnix im nächsten Jahr wird mehrheitlich angenommen.

Mathematikpreis für Abiturienten.

Herr Strick, ehemaliger Schulleiter des Landrat-Lukas Gymnasiums in Leverkusen, weist auf die Möglichkeit hin, einen Mathematikpreis für Abiturienten in Anspruch zu nehmen. Der von der DMV gestiftete Preis kann von jeder Schule für einen Abiturienten kostenfrei beantragt werden. Er umfasst eine Urkunde, einen Buchpreis und eine einjährige beitragsfreie DMV-Mitgliedschaft. Genauer Angaben können einem Informationsblatt entnommen werden.

Eckpunkte zukünftiger Schulpolitik in NRW

Herr Keuser, Vorsitzender der Westfälisch-Lippischen Direktorenvereinigung, begrüßt Frau Ministerin Löhrmann und konfrontiert sie mit ihrer Aussage aus dem Wahlprogramm der Grünen, 30% der Schulen in Gemeinschaftsschulen umwandeln zu wollen. Mit der Frage: „Und wo bleiben die Gymnasien?“ übergibt er das Wort an die Ministerin.

Frau Löhrmann unterstreicht zunächst ihre Dialogbereitschaft und weist auf die von allen Seiten betonte Wichtigkeit der Bildungspolitik. Sie betont darüber hinaus ihre Verantwortung für alle Schulformen, selbstverständlich auch für die Gymnasien. Die Landesregierung hat als einen ersten Schritt einen Nachschlag von 1525 Lehrerstellen beschlossen, die vornehmlich in der SII eingesetzt werden sollen.

Zu folgenden 5 Punkten nimmt sie im weiteren Stellung:

G8/G9, Ganztage, Schul- und Qualitätsentwicklung, Gemeinschaftsschule und Inklusion.

G8/G9:

Durch den Übergang von G8 zu G9 hat das Gymnasium eine einschneidende Veränderung erfahren.

Sie unterstreicht ihren Einsatz für G8 an den Gymnasien. Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 hat nach ihrer Meinung die Akzeptanz von G8 erhöht. Der Fokus ist auf Optimierung gerichtet. In einem kleinen Aktionsplan sollen vor allem Entlastungsmöglichkeiten ausgelotet werden. (Hausaufgaben, Ergänzungsstunden, etc.). Sie appelliert an die RDK, keine Schule, die sich für G9 entschieden hat, zu diskriminieren.

Sie versichert, dass Lehrerstellen beim Übergang und dem zu erwartenden Schülerrückgang im System Schule bleiben. Ein Stufenplan wird bis zum Frühjahr 2011 erarbeitet werden.

Leistungszeit für Schulleiter der Gymnasien wird in einen Stufenplan einbezogen, wobei ein genauer Zeitplan noch nicht vorliegt. Sie beabsichtigt an dieser Stelle Schulen der SI und SII gleich zu behandeln.

Ganztage:

Das Ganztagsangebot soll weiter flächendeckend ausgebaut werden. Dabei werden im 1. Schritt die Grundschulen bevorzugt berücksichtigt.

Schul- und Qualitätsentwicklung:

Auswertung soll erfolgen und Programme zu Umsetzung werden erarbeitet.

Passgenaue Fortbildung für Kolleginnen und Kollegen. Unterstützungssysteme sollen aus den Mitteln der Demografiegewinne geschaffen werden

Gemeinschaftsschule:

Die Gemeinschaftsschule soll ermöglicht werden. Als Begründung führt sie zum einen die demographische Entwicklung an, die ländliche Gemeinden sonst überfordern könnte und das Elternwahlverhalten an, das „der Hauptschule nicht mehr so viel zutraut“. Das Modell der Verbundschule lehnt sie ab.

Schule von 5- 10, die alle Bildungsgänge in integrierter oder differenzierter Form enthält, selbstverständlich auch gymnasiale Standards. Die Ressourcen für die neue Schulform sollen sich an denen der Hauptschule orientieren.

Die Hürden für die Genehmigung sind hoch. So müssen Schülerzahlen für 5 Jahre gesichert sein und Nachbargemeinden gefragt werden. Eine Gemeinschaftsschule kann nicht genehmigt werden, wenn die letzte Schule einer bestehenden Schulform dadurch gefährdet ist.

Schulversuch, der mengenmäßig und zeitlich befristet ist. Er läuft über 6 Jahre. Für das Gymnasium, wie auch für Berufskollegs und Gesamtschulen, ergeben sich nach Abschluss der Gemeinschaftsschule Kooperationsmöglichkeiten.

Inklusion:

Frau Merkel hat das Gesetz unterschreiben und die Länder müssen es umsetzen. Dabei müssen in NRW 25% Migrationshintergrund erfolgreich gestaltet werden.